Stand: 16.12.2025 09:59:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11591

"Mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz - systematische Blockaden durchbrechen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11591 vom 31.05.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12117 des WI vom 02.06.2016
4. Beschluss des Plenums 17/12386 vom 07.07.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 07.07.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 31.05.2016 **Drucksache 17/11591**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz – systematische Blockaden durchbrechen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in der aktuellen Debatte um die Veränderung der Rahmenbedingungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien

1. jegliche Aktivitäten zu unterlassen, die den Ausbau in anderen Bundesländern drosseln würde, um von den bayerischen Versäumnissen bei der Energiewende abzulenken,
2. bei der EEG-Novelle darauf hinzuwirken, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien in allen Ländern gleichermaßen möglich bleibt,
3. zu verhindern, dass neue steuerliche Belastungen für die Stromerzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien geschaffen werden,
4. den Netzausbau nicht weiter zu blockieren.

Begründung:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt in Deutschland sehr unterschiedlich voran. Entgegen den Selbstbelobigungen der Staatsregierung ist Bayern keineswegs der Spitzenreiter bei der Energiewende. In vielen Bundesländern liegt der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Stromverbrauch höher als in Bayern. Gleichzeitig reichen die Stromtransportkapazitäten nicht aus, um das Stromangebot im Norden jederzeit in den Süden zu transportieren. Darum gibt es begründete Überlegungen, den Strommarkt in Deutschland zu teilen bzw. den gemeinsamen Strommarkt Deutschland/ Österreich zu beschränken.

Die Staatsregierung hat die Energiewende in den letzten Jahren erfolgreich gebremst: Mit der 10H-Regelung wurde der eben einsetzende Boom bei der Windenergie abgewürgt. Ihr zweijähriger Widerstand gegen den Bau von HGÜ-Leitungen hat in Verbindung mit den nötigen Neuplanungen den Zeitplan für den Netzausbau nach hinten verschoben. Der Ausbau von Photovoltaik und Biogas ist erheblich eingebremst worden. Das neue Energieprogramm der Staatsregierung vom Herbst 2015 hat keinen Zubau bei den erneuerbaren Energien zum Ziel.

Der Vorschlag von Staatsministerin Aigner, den Ausbau der erneuerbaren Energien nun auch in anderen Bundesländern zu bremsen, um einer Aufteilung Deutschlands in zwei Preiszonen entgegenzuwirken, ist absurd. Fünf Monate nach dem Pariser Klimaschutzgipfel wird nun von der Staatsministerin offen der verstärkten Nutzung vom Atom- und Kohlekraftwerken das Wort geredet. Gegen dieses Ansinnen müssen sich alle Umweltschützer zur Wehr setzen.

Daher muss auch bei der anstehenden EEG-Novelle darauf geachtet werden, dass in allen Bundesländern der Ausbau der erneuerbaren Energien voran gehen kann. Ein möglichst gleichmäßiger Ausbau in ganz Deutschland wäre vorteilhaft. Er vermindert den Netzausbaubedarf und wirkt dem gegenwärtigen Gefälle bei den Ausbauraten für erneuerbare Energien entgegen.

Der von Bundesfinanzminister Schäuble lancierte Vorschlag einer Stromsteuer für Stromerzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien ist ein weiterer Baustein, um die Energiewende abzuwürgen. Die Folge wäre ein weiterer Einbruch bei den Investitionen in erneuerbare Energien.

Der Netzausbau ist eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahme, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Kuriose Winkelzüge der Staatsregierung in den letzten Jahren haben zu einer erheblichen Verzögerung und damit verbundenen Kostensteigerungen geführt. Wer den Netzausbau weiterhin behindert, hintertreibt die Energiewende.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Nun kommen wir zur Abstimmung in namentlicher Form über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11589. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 19.31 bis 19.36 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11591 und 17/11592 sowie 17/11594 bis 17/11597 und 17/11607 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 7 a und 7 b** auf:

Eingabe
Gustavstraße in Fürth; längere Öffnungszeiten für Freischankflächen (WI.0012.17)

und

Eingabe
"Wir sind die Gustavstraße"
Gustavstraße in Fürth; längere Öffnungszeiten für Freischankflächen (WI.0525.17)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat sich mit den Eingaben in seiner Sitzung am 21. April 2016 befasst. Er hat beschlossen, die Eingaben gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingaben auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Die Fraktion hat darüber hinaus beantragt, nach § 103 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 unserer Geschäftsordnung über die Beratung im Ausschuss Bericht zu erstatten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass über die Eingabe unter Tagesordnungspunkt 7 b von der Fraktion der SPD namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Ganserer, der Berichterstattung und Aussprache miteinander verbinden wird. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Sperrzeiten für Freischankflächen beschäftigt den Bayerischen Landtag schon seit mehreren Jahren, heute in Form der Petitionen von Herrn Dr. Mayer, Stadtheimatpfleger der Stadt Fürth, und der Initiative "Wir sind die Gustavstraße".

(Petra Guttenberger (CSU): Herr Dr. Mayer war es!)

– Der ehemalige Stadtheimatpfleger. – Die Fürther Gustavstraße ist seit Jahrhunderten Schwerpunkt der Gastronomie und als Kneipenmeile weit über die Stadtgrenze Fürths hinaus bekannt. Planungsrechtlich handelt es sich bei dem Gebiet um ein Mischgebiet. Im Bebauungsplan hat die Stadt Fürth unter Verweis auf den Anwohnerschutz neue Gaststätten ausgeschlossen; die bestehenden Gaststätten haben jedoch Bestandsschutz.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Beschwerden über Ruhestörungen. Deshalb hat die Stadt Fürth bereits im Jahr 2011 einen Runden Tisch einberufen und nach Gesprächen mit Gastwirten und Anwohnern die Sperrzeiten in einem Kompromiss für Freischankflächen auf 23.00 Uhr bis 06.00 Uhr des Folgetages festgesetzt.

Im Jahr 2012 forderte ein Anwohner die Stadt Fürth auf, den Beginn der Sperrzeit für Freischankflächen auf 22.00 Uhr vorzuverlegen und die Einhaltung sicherzustellen. Die Stadt Fürth ist diesem Antrag nicht nachgekommen. Der Anwohner hat daraufhin Klage beim Verwaltungsgericht Ansbach eingereicht. Es hat mit Urteil vom 11. Juni 2013 die Stadt Fürth aufgefordert, den Antrag des Klägers neu zu verbescheiden, und zwar unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts, wonach eine Nachtzeitverschiebung auf 23.00 Uhr in dem konkreten Fall nicht möglich sei. Maßgeblich für die Beurteilung des Falls sei die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm –, wonach ab 22.00 Uhr ein Grenzwert von 45 dB(A) einzuhalten sei. Gegen dieses Urteil hat die Stadt Fürth Berufung eingelegt.

Der Petent Dr. Mayer fordert in seiner Petition, die er bereits im Juli 2013 eingereicht hat, Bund und Land auf, gesetzliche Regelungen analog der Bayerischen Biergartenverordnung zu erlassen, um den Betrieb von Freischankflächen bis 23.00 Uhr zu ermöglichen. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat dem Petenten mitgeteilt, dass die Behandlung dem Landesparlament obliegt. In der Stellungnahme zu der Petition hat das Bundesumweltministerium da-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.06.2016 **Drucksache** 17/**12117**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**11591**

Mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz – systematische Blockaden durchbrechen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Markus Blume**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 49. Sitzung am 2. Juni 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.07.2016 **Drucksache** 17/**12386**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**11591**, 17/**12117**

Mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz – systematische Blockaden durchbrechen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit **Tagesordnungspunkt 5** fort:

Abstimmung
über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Die in der Anlage an Nummer 1 stehende Subsidiaritätsangelegenheit hat der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 5. Juli 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt. Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu **Tagesordnungspunkt 3** zurück. Bei der Übergabe der Sitzungsleitung ist verloren gegangen, dass wir über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3 noch nicht abgestimmt haben. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Professor Dr. Piazolo und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Vielfalt des lokalen Hörfunks und regionalen Journalismus nachhaltig unterstützen!" auf Drucksache 17/10800. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die

FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Tagesordnungspunkt 3 ist endgültig erledigt.

Jetzt kann ich Ihnen schon das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 17/9548 bekannt geben: Mit Ja haben 85 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Rundfunkstaatsvertrags, des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drucksachen 17/11340 und 17/11820 ihre Erledigung gefunden.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten
COM(2016) 287 final
BR-Drs. 288/16
Drs. 17/12102, 17/12327(E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2016 (Vf. 8-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 21 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 25. Februar 2010 (GVBl. S. 66, BayRS 753-1-U), das zuletzt durch Art. 9 a Abs. 12 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 458) geändert worden ist
Drs. 17/12162 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einspeisungsverpflichtung in Kabelnetze beibehalten
Drs. 17/7404, 17/12111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. CSU
Regionalen Rundfunk im digitalen Zeitalter stärken
Drs. 17/11339, 17/12113 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Männer in Bayerns Kindertagesstätten
Drs. 17/9922, 17/12156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitätsstandards für das Signet „Bayern barrierefrei − Wir sind dabei!“ festlegen
Drs. 17/10155, 17/12120 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Inge Aures, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Für ein zukunftsfähiges Oberfranken − ICE-Systemhalt in Coburg ein Muss
Drs. 17/10430, 17/12114 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Evaluation der bayerischen Technologieförderung
Drs. 17/10992, 17/12116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU
Sicherung von Öffnungszeiten für gastronomische Freischankflächen
Drs. 17/11163, 17/12255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Situation der Osteopathie
Drs. 17/11210, 17/12119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Landraub („Landgrabbing“) in bayerischen Partnerregionen bekämpfen
Drs. 17/11213, 17/12174 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Effektiver Lärmschutz der bayerischen Bevölkerung sicherstellen
Drs. 17/11417, 17/12124 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Ermittlungen zu illegalen Ablagerungen im Schotterwerk Aub
Drs. 17/11499, 17/12125 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über mutmaßlich illegale Abfallentsorgung und sonstige Umweltverschmutzungen beim Schotterwerk Aub
Drs. 17/11544, 17/12126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Illegale Abfallbeseitigung im Landkreis Würzburg
Drs. 17/11567, 17/12127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz – systematische Blockaden durchbrechen
Drs. 17/11591, 17/12117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Armut in Bayern endlich wirksam bekämpfen
Drs. 17/8987, 17/11745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen II: Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen
Drs. 17/9896, 17/11747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen III: Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten!
Drs. 17/9897, 17/11599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen IV: Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Betreuungsinfrastruktur anpassen!
Drs. 17/9898, 17/11748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen V: Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen verbessern!
Drs. 17/9899, 17/11973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen VI: Kindergrundsicherung zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche etablieren!
Drs. 17/9900, 17/11749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen VII: Kommunale Präventionsketten zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche!
Drs. 17/9901, 17/11873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen VIII: Verbesserung der sozioökonomischen Lage von Menschen mit Behinderung durch Erhöhung der Ausgleichsabgabe
Drs. 17/9902, 17/12121 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen IX: Verbesserung der beruflichen Situation von Menschen mit einer psychischen Behinderung
Drs. 17/9903, 17/12122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen X: Barrierefreier Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
Drs. 17/9904, 17/12155 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen XI: Angebote für Eltern von Kindern mit Behinderung
Drs. 17/9905, 17/12123 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung II: Alleinerziehende durch Teilzeitausbildung besser fördern
Drs. 17/10915, 17/11947 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung III: Altersarmut vermeiden
Drs. 17/10916, 17/12007 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	Z

30. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung IV: Bedarf an Wohnraum für Lehrlinge und Auszubildende sichern
Drs. 17/10917, 17/11948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung V: Obdachlosigkeit bekämpfen
Drs. 17/10918, 17/12008 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH